



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG
Abgeordnete

Axel Miesner

Baumschulenweg 9 · 28865 Lilienthal
Tel: (04792) 9519170 Fax: (04792) 9519171
eMail: axel@miesner.de

Astrid Vockert

Vizepräsidentin des Nds. Landtages
Padbreden 6 · 27619 Schiffdorf
Tel: (04706) 1011 · Fax: (04706) 1615
eMail: vockert@vockert.de

P R E S S E M I T T E I L U N G

19.10.2012

Astrid Vockert und Axel Miesner:

**Europäische Bankenaufsicht:
Regionale Kreditinstitute müssen unter nationaler Aufsicht bleiben**

Landkreis Osterholz. Bei der Umsetzung einer europäischen Bankenaufsicht müssen die regionalen Kreditinstitute unter nationaler Aufsicht verbleiben – das fordern die Landtagsabgeordneten Astrid Vockert und Axel Miesner. „Grundsätzlich ist die Einrichtung einer europäischen Bankenaufsicht begrüßenswert. Sie ist ein wichtiger Baustein zum Schutz vor künftigen Banken- und Finanzkrisen“, sagten Vockert und Miesner. „Die Aufsichtsfunktion der Europäischen Zentralbank (EZB) sollte sich jedoch auf die systemrelevanten, international agierenden Banken beschränken.“ Die EU-Kommission hatte angekündigt, alle rund 6000 Banken in der Europäischen Union künftig der Aufsicht der EZB unterstellen zu wollen. „Eine nationale Aufsicht kann die Berücksichtigung nationaler und regionaler Besonderheiten, wie beispielsweise unseres Drei-Säulen-Systems, besser gewährleisten, als eine internationale Behörde“, erläuterten Vockert und Miesner. „Wir nehmen die Anliegen der regionalen Banken, Sparkassen und Volksbanken sehr ernst und stehen fest an ihrer Seite. Sie haben keinen Anteil an der Finanzkrise, wohl aber an deren Bewältigung. Deshalb dürfen sie nicht mit zusätzlicher Bürokratie belastet werden.“

Um den Plänen der EU-Kommission entgegenzuwirken und eine differenzierte Lösung durchzusetzen, hat die Niedersächsische Landesregierung heute eine so genannte Subsidiaritätsrüge in den Finanzausschuss des Bundesrats eingebracht.

„Aus dem Vorschlag der Kommission geht nicht eindeutig hervor, warum die regionalen Kreditinstitute nicht auf nationaler Ebene überwacht werden können“, erklärten Astrid Vockert und Axel Miesner. „Die EU darf in Bereiche, die nicht direkt in ihre Zuständigkeit fallen, nur eingreifen, wenn die Instrumente auf nationaler Ebene nicht ausreichen, um konkrete Ziele zu erreichen.“ Parallel zur Subsidiaritätsrüge soll zudem versucht werden, auf der fachlichen Ebene Einfluss zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Astrid Vockert / Axel Miesner